

„Berliner Tageblatt“

erschienen täglich... hierher bei allen... Preis 1 Mark...



Monuments-Preis

für das „Berliner Tageblatt...“... Preis 1 Mark...

Berliner Tageblatt

Nummer 62. Berlin, Mittwoch, den 4. Februar 1903. XXXII. Jahrgang.

Hierzu die Wochen-Beilage Technische Rundschau No. 5.

Die hauptstädtische Medizinalverwaltung.

Seit Jahren haben wir bei jeder hierfür schädlichen Gelegenheit darauf hingewiesen, daß unser Magistratskollegium unbedingt eines Medizinalrates bedürfe, genau so wie ein Stadtkonrat, wie Stadtkonrät in Kollegium lägen. Der jetzige Stadtrat, der das wichtige Amt verliert, ist schließlich ein ganz vornehmer praktischer Arzt. Allen er ist eben als solcher gar nicht in der Lage, der umfangreichen städtischen Medizinalverwaltung voll gerecht zu werden. Schon deshalb nicht, weil dieses verantwortungsvolle Amt die ganze Arbeitskraft und zwar die eines ungewöhnlich leistungsstarken Mannes erfordert. Ein unbesoldeter Stadtrat, der gewissermaßen im Nebenamt Fragen der hauptstädtischen Medizinalverwaltung erledigt, ist eigentlich nicht als ein Vorkaufmann zu bezeichnen, sondern als ein Mann, der sich selbst sehen sollte, vermag der in alle Einzelheiten hinein fortzuwirken. So lange die Verwaltung nicht besser wird, so lange die Verwaltung des städtischen Medizinalwesens glänzend genug geübt hat, auch ohne einen eigens für die Leitung desselben verantwortlichen Stadmedizinalrat. Allein die Verhältnisse sind nicht immer zu finden.

Die Frage der Einführung eines eigenen Medizinalrats in das Magistratskollegium wird daher von Monat zu Monat dringlicher und ihre endgültige Lösung sollte unseres Dafürhaltens nicht länger aufgeschoben werden. Es kann eben auf dem bisher eingeschlagenen Wege nicht gut weitergehen, sollen nicht jene wichtige Interessen unserer Bürgerschaft ernstlich gefährdet werden. Andererseits fällt es schwer, zu begreifen, aus welchen Gründen sich unser Stadtkonrat gegen die Einführung eines eigenen Medizinalrats so hartnäckig sträubt. In dem Sinne, in dem die Medizinalverwaltung gegen die Einführung eines eigenen Medizinalrats so hartnäckig sträubt, ist die Frage, inwiefern die beiden jüngst erfolgten Veränderungen für die Städtischen Verwaltung und inwieweit diese Veränderungen noch als notwendig angesehen werden können, nicht besonders schmerzhaft. Wir sind sehr wenig Stellen in der Verwaltung, so rüst die Medizinalverwaltung aus, „findet sich ein wissenschaftlich so wie ein Kenner des Krankeinsatzes zusammen, um die der Berliner Städtischen Verwaltung gegen die Einführung eines Stadtraterey ihrer Pflicht getreu, wenn sie nun eine Zahl von Ärzten anstellen, die noch nicht einmal für die notwendigste Verwaltung ausreicht.“

Jene, die etwas mehr in demselben Sinne, man kennt in Mummelsburg in ärztlicher Beziehung Arbeitssinn und Wohlwollen, und in der Forderung wurde ein zweiter Medizinalrat nicht weniger bei der Anstalt in Mummelsburg noch in der Forderung. Gleichwohl sollte nach dem Wortlaut der Ausschreibung der betreffenden Bewerber an der vollen Verantwortlichkeit für den gesamten ärztlichen Dienst auch noch die wissenschaftliche sich rechnen. Infolge dargelegten Krankeinsatzes, die wissenschaftliche Ärzte von einer Verwaltung abhandeln. Dagegen betreiben sich unvorsichtige jüngere und ältere Mediziner von zum Teil allgemein anerkannten wissenschaftlichen Ruf.

Für die Forderung eines Privatdozenten, der als Assistent eines Berliner städtischen Krankenhaus eine gebräuchliche allgemeine medizinische Ausbildung genossen, sich dann der ärztlichen Tätigkeit zuwenden, und dieses Gebiet durch gute wissenschaftliche Arbeiten bereichert hatte, der überdies die Forderung auf dessen Forderungen als unbesoldeter Berater zur Seite gestanden und sonach mit den Besonderheiten des Amtes eingehend vertraut war.

Für Mummelsburg meldete sich ein Arzt, der ebenfalls über eine umfassende allgemeine Ausbildung verfügt, seit vielen Jahren als Assistent eines ersten Neurologen und, was hier besonders wichtig, als Praktiker tätig, dabei sich hervorragend als pathologischer Anatom betätigt, sieben Jahre lang dem bisherigen Arzte unentgeltlich zur Seite stand und ihn viele Jahre hindurch, so noch die letzten drei Monate, vertreten hat. Wenn auf diese beiden Bewerber die Wahl nicht fiel, so gerät die Verwaltung in einen Zustand, der die Städtische Verwaltung nicht weniger als ein Vorkaufmann zu bezeichnen, sondern als ein Mann, der sich selbst sehen sollte, vermag der in alle Einzelheiten hinein fortzuwirken.

die Frage, ob auch ein ausreichendes Laboratorium vorhanden sein würde, erhielt er zur Antwort, für den Bau eines solchen ständen 50,000 Mark zur Verfügung. Der Privatdozent ging zum Vorsitzenden der Kommission, schied seine Karte hinein, und wurde, ohne daß sich der Stadtrat vom Stuhl erhob, ohne daß dem Bewerber ein Stuhl angeboten wurde, ohne weitere Erklärung in ein anderes Zimmer gemietet, wo selbst er „alles erfahren würde“. Dies „alles“ bestand in einer Benennung der einzelnen Mitglieder der Kommission. Fast überall entgegnete man ihm, sobald er das Wort „Wissenschaft“ ausbrach, „wir wollen nicht, wissenschaftlichen Art“. Der Herr sagte: „Wir wollen nicht, daß die alten Leute zu Besuchsleistungen werden.“ Bei einem anderen: „Sind Sie Professor? Einem Professor gebe ich prinzipiell nicht meine Stimme.“ Ein anderes, dem Kandidaten sehr wohlgekanntes Mitglied erklärte von vornherein seine Wünsche für sehr geringe, denn für die Mehrheit der Mitglieder sei er viel zu wissenschaftlich.

Diese ablehnende Haltung der einzelnen Kommissionmitglieder gegenüber dem wissenschaftlichen Bewerber ist um so auffälliger, als sie ja in dem stärksten Widerspruch mit dem Wortlaut in der Stellenausschreibung stand, die doch gerade die wissenschaftliche Bewertung des Kandidatenmaterialien forderte! Woher mag aber nur dieser Widerspruch der Kommissionmitglieder gegen die wissenschaftlichen Bewerber herkommen? „Armen non odit nisi ignarus“ — ist am Giebelende unseres Hauses der Herr nicht fern? — die Kunst gibt, das trifft auch für die Wissenschaft zu. „Scientiam non odit nisi ignarus“ — die Wissenschaft haßt gleichfalls „nur Denjenigen, der unwissenschaftlich ist.“

Der aber unter den Magistratsmitgliedern kann alle die vielen Schwierigkeiten, auf die Medizinalverwaltung bezüglichen Fragen wirklich sorgfältig und auf eine allgemeine Art zu erörtern, ist nicht weniger ein Mann, der die Ausschreibung bringt, die die Ausschreibung lautet und einfach: „Namen d. Das vermagte eben nur ein als völlig angesehener Medizinalrat, der mit sich und Stimme im Kollegium auch die volle Verantwortlichkeit für die Entwicklung der städtischen Medizinalverwaltung und der öffentlichen, sowie der Gesundheitspflege übernehmen würde eines Stadtmedizinalrats als Leiters der Medizinalverwaltung. Das ist und bleibt in dieser Angelegenheit unser „caeterum censeo“! Die Vorbereitungen für den nächsten Stadtkonrat sind im Gange. Mögen sie endlich zu der Einstellung eines Postens für einen städtischen Medizinalrat führen!

Die „Vorbereitungen“ für die Handelsverträge.

Fast an demselben Tage, an dem in Wien und Budapest der Entwurf zu den neuen Zolltarifen in Ungarn und Rumänien, die russische Ausschreibung der neuen Zolltarife für die europäischen Grenzen. Neben den Tarifen ist gemeint, daß sie ausgearbeitet sind in der Absicht, Waffen gegen die vom deutschen Reich getroffenen Vorbereitungen für den Abschluß neuer Handelsverträge zu schaffen. Weder die österreichische und die ungarische Regierung, noch die russische machen ein Wort darüber, namentlich der Finanzminister Witte, jedoch ist so deutlich aus, wie es nur möglich ist, wenn die Pflicht der Höflichkeit um internationalen Verkehr nicht ganz außer acht gelassen werden soll. Und selbst, wenn er es nicht sagte, würde es aus den Zollerhöhungen hervorgehen, die in dem russischen Tarife für diejenigen Waren festgelegt sind, welche aus Deutschland eingeführt werden.

Man braucht nur die Sätze, die für Produkte der Eisen-, der chemischen, der Textil- und der Lederindustrie in den neuen russischen Zolltarif eingetragene sind, mit denen des jetzt geltenden Vertragstarifs zu vergleichen und außerdem die Bezugnahme namentlich der Eisenwaren, die zur See in Rußland eingehen, vor denen, die über die Landwege eingeführt werden, ins Auge zu fassen.

Die hohen russischen Zölle richten sich übrigens auch gegen die Einfuhr aus Österreich-Ungarn. Wenn auch der Interessenstand des russischen und österreichisch-ungarischen Handels hinter dem zwischen Deutschland und Rußland zurückbleibt, so wird der letztere doch nicht weniger bedroht durch die hohen eingangsweise auf alle landwirtschaftlichen Produkte, welche Österreich-Ungarn einführen will, und die hohen Zölle auf alle industriellen Erzeugnisse, die der neue russische Zolltarif enthält.

Aber sie stellen dabei die Tatsachen auf den Kopf. Daß die neuen Tarife Österreichs und Rußlands nicht in den letzten Wochen fertig gestellt worden sind, ist allerdings selbstverständlich. Die deutsche Regierung hat das Ausland wahrlich frühzeitig genug darüber informiert, daß sie ihren Tarif einschließlich der Änderungen unterziehen würde, ehe sie in neue Vertragsverhandlungen eintrat. Dies hat Herr Hofmann angeknüpft, kurz nachdem er Reichskanzler ernannt war, dies haben Minister Graf Posadowski und der Landwirtschaftsminister mehrfach wiederholt, bevor Graf Posadowski im Reichstage seinen Plan zur Vorbereitung der neuen Handelsverträge entwickelte und die Einigung des wirtschaftlichen Ausflusses ankündigte.

Die Tatsache läßt sich nicht aus der Welt schaffen, daß Deutschland zuerst in den Handelsverhandlungen traf und sich die Klüftung für den handelspolitischen Kampf gelogte, und daß die anderen Staaten erst später dazu übergegangen sind, auch ihre Tarife umzuarbeiten. Für die Behauptung, daß auf Grund der bestehenden Verträge neue Handelsverträge nicht hätten abgeschlossen werden können, können die Agrarier nicht einmal einen Wahrscheinlichkeitsbeweis führen, denn einen Wahrscheinlichkeitsbeweis führen, daß dank der Nachbesichtigung darüber empfunden, daß dank der Nachbesichtigung eine Situation entstanden ist, aus der mit viel größerer Wahrscheinlichkeit entzerrten werden.

Die zweite Lesung des Etats, die gestern im Reichstage begann, gibt den Reichstagsabgeordneten er-fahrungsgemäß Gelegenheit, aber alle sich einige Dinge zu reden. Auch gestern machte der Reichstag von dieser Freiheit einen ausgeprägten Gebrauch. Mit dem Etat des Reichstages begann der parlamentarische Tag, den der erste Vizepräsident Graf Stolberg in Abwesenheit des Grafen Ballestrem eröffnete und leitete. Von den Rednern der einzelnen Parteien wurde dabei, um nur das Wichtigste zu erwähnen, folgende Gegenstände erörtert: freie Eisenbahnen, Geschäftsordnung des Reichstages, Beförderung der Lage der Hilfsbeamten, Ausschuß des Jubiläum von der Wandelhalle, mongolische Zustände in der Restauration des Reichshaus, Wismars Rückkehr und manches andere. Der zweite Vizepräsident Büsing versprach im Namen des Präsidiums, die Wünsche in Erwägung zu ziehen. Dann kam beim Etat des Reichstages die Überberührung des Reichstages. Im wohlüberlegten Frage- und Antwortspiel erkundigte sich Abgeordneter des Reichstages in bezug auf Diäten, und Jesuitengeh. Graf Ballo erwiderte darauf in kurzer Rede, daß es vorläufig noch keine Diäten, wohl aber Jesuiten geben soll. Zur Diätenfrage führte der Reichskanzler allerlei Bedenken ins Feld, die man schon unendlich oft gehört hat. Es handelte sich um eine Verfassungsänderung für die bei den verschiedenen Regierungen keine große Neigung besteht; auch heute gebe es noch zahlreiche Politiker, die nur dann Diäten bewilligen wollten, wenn auf dem Gebiete des Wahlrechts ein ausgleichender Ersatz geboten werde, beispielsweise die Einführung einer höheren Altersgrenze oder der Wahlpflicht. Der Reichskanzler sagte nicht direkt, daß er auf dem gleichen Standpunkt stehe, aber er hob doch hervor, daß er als oberster Reichskanzler mit der Regierung Rücksicht zu nehmen habe. So kam er in dieser Sache zu dem Schluß, daß er heute — der Reichskanzler intercediert diese Zeitbestimmung — noch nicht in der Lage sei, die Zustimmung des Bundesrats anzusprechen zu können. Die Regierung will anscheinend erst sehen, wie der Senat bei den nächsten Wahlen laßt, obgleich die Diäten, wenn sie nicht heute gewährt werden, für die nächsten fünf Jahre keinen Wert haben würden. Nach der Regierung kam dann die Position. Preußen wird im Bundesrat für die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes stimmen, jedoch also die Ausnahmebestimmungen für die Angehörigen des Ordens Jesu weglassen und nur noch der § 1 des Gesetzes, der die Ordensangehörigen der Jesuiten verbietet, bestehen bleibt. Auch hier handelt es sich, wie bei der besseren Meinung des Wahlgeheimnisses, um einen Antrag, der den Namen des Reichstages trägt. Man sieht, daß die politische Arbeit doch nicht nutzlos ist, wenn es auch mandata recht lange dauert, ehe sie fruchtbar ist. Obgleich es heute nicht unrichtig, wenn er es als gewöhnlich bezeichnet, die Stützen aufrecht zu erhalten, nachdem die Wölfe gekommen seien. Der weitere Verlauf der Reichstagsdebatte wird die freimüthige Resolution wortete Abgeordneter Verth die freimüthige Resolution auf eine Resolution im Reichstagsrat der Nationalliberalen Partei, daß sich ihr Vorsitzender Wasserf. man gegen diesen Punkt Verzicht und Verfassung gebotenen Antrag erklären konnte, ohne bei seinen Parteigenossen Widerspruch zu finden. Aus der weiteren Debatte sei nur erwähnt, daß Herr Wismar die Gründe seines Votums gegen die Reichstagsdiäten vorbrachte, während Abgeordneter Richter festhielt, daß er entret. Heute 1 Uhr wird die Beratung fortgesetzt.